

Protokollauszug

aus der

Sitzung des Bauausschusses der Stadt Grevesmühlen

vom 02.06.2022

Top 9 Antrag der Fraktion Die Linke - Photovoltaikanlagen auf stadteigenen Gebäuden der Stadt Grevesmühlen

VO/12SV/2022-1642

Sachverhalt:

Ein wichtiger Bestandteil der Energiewende in Deutschland ist der Ausbau erneuerbarer Energien und deren effiziente Nutzung. Photovoltaikanlagen wandeln mittels Solarzellen Sonnenlicht in elektrische Energie um und sind im Vergleich zu beispielsweise fossilen Energiequellen eine nachhaltige Alternative zur Energiegewinnung. Die Stadt Grevesmühlen hat als Teil der öffentlichen Hand eine Vorbildfunktion. Der fortwährende Ausbau von Photovoltaikanlagen leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende und sollte von der Stadt forciert werden.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Grevesmühlen beauftragt den Bürgermeister, einen Vorschlag zum kontinuierlichen Ausbau der Photovoltaiknutzung auf stadteigenen Gebäuden zu erarbeiten. Hierzu wird mit einer Prüfung der Nutzung des neuen Rathausblocks begonnen. Dabei ist der Eigenverbrauch zu berücksichtigen. Ausgenommen von der Photovoltaiknutzung sind denkmalgeschützte Gebäude. Bei zukünftigen Neubauten der Stadt wird der Einsatz von Photovoltaik zur Pflicht. Die Anwendung von entsprechenden Förderprogrammen des Landes und des Bundes sind fortlaufend zu prüfen und anzustreben.

Diskussion BA:

Es ist nicht zu verstehen, dass auf städtischen Gebäuden bzw. Flächen keine PV-Anlagen vorhanden sind bzw. deren Installation vorangetrieben wird.

Herr Prahler führt aus, dass der Bauhof mit PV versorgt werden könnte. Die Installation von PV Anlagen für die Obdachlosencontainer würde sich über die Zeit ebenfalls amortisieren, da hier ein hoher Eigenbedarf besteht. Für das Rathaus müsste nochmals geprüft werden, ob sich eine Umgestaltung des Gründaches lohnen würde. Er gibt zu bedenken, dass die Umsatzsteuerproblematik beachtet werden muss.

Frau Münter möchte, dass die Wobag Flächen (Neubauten) mit einbezogen werden. Herr Prahler macht in diesem Zusammenhang auf die steuerrechtliche Problematik aufmerksam. Zudem eignen sich die Neubauten **statisch** nicht.

Herr Krohn kann den Antrag nicht nachvollziehen, da es seiner Meinung bereits ausreichend funktioniert.

Herr Schulz spricht die Sinnhaftigkeit des Antrages an. Es darf "nicht um jeden Preis"

etwas durchgesetzt werden.

Vorschlag BA: Prüfung des Vorschlages (betriebswirtschaftliche Analyse) und weitere Unterrichtung des BA.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl der Vertreter:	9
□ davon anwesend:	7
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1